

22. XI. 1917

Trient, Bosnien und Siebenbürgen nicht erwähnen. Ferner sei unklar, was Lloyd George mit dem Ausdruck gemeint habe: „Seitdem Rußland in Sonderverhandlungen eingetreten ist, muß es selbstverständlich sein eigenes Gebiet schützen.“ Sollte dies bedeuten, daß Polen, das von Wilson wiederholt mit Nachdruck behandelt wurde, Deutschland überlassen werden solle, weil die Bolschewiki dem Kriege den Rücken gefehrt haben? Man könne dies auch glauben, weil wenn die preussische Militärdiktatur ihre Hand auf dieses reiche Gebiet legen würde, sie nicht besiegt werden könnte, was aber unbedingt erforderlich sei, wenn die Welt den Frieden endlich doch erleben wolle.

(Telegramm des Vester Lloyd.)  
Amsterdam, 21. Dezember.

Englische Blätter veröffentlichen die Nachricht, daß Lloyd George auf Anordnung seiner Ärzte sich längere Zeit Ruhe gönnen müsse, da seine Gesundheit infolge der Ueberanstrengungen erschüttert sei. Er wird aus diesem Grunde sein Amt niederlegen und vom Posten des Ministerpräsidenten zurücktreten. Als sein Nachfolger wird Asquith genannt, der eine Versöhnungspolitik in England einschlagen will und auch für einen Verständigungsfrieden eintritt wird.

**Die Kriegs- und Friedenspropaganda in England.**

— Telegramm unseres Korrespondenten.

Osaka, 21. Dezember.

Im Unterhause gab es heute wieder einen Zusammenstoß zwischen den Kriegsparteien und den pazifistischen Gruppen, die immer mehr an Anhang gewinnen.

Edward verlangte, daß die Kriegspropagandakosten von der Regierung bezahlt werden. Wenn man dies reichen Privatleuten überlasse, liege der Verdacht nahe, daß der Krieg in kapitalistischem Interesse geführt werde.

Der Pazifist Whitehouse entgegnete, aus der Debatte ergebe sich, daß seit Juni d. J. 46 pazifistische Kundgebungen stattfanden, 445 lokale Kommissionen gegründet und über fünf Millionen Pamphlete verbreitet wurden. Mehr als 5000 Versammlungen seien für den nächsten Monat anberaumt. In den Kinos werde ebenfalls eine große Friedenspropaganda betrieben, obwohl die Friedensgegner dagegen protestieren.

**Der Kriegsgefangenenaustrausch zwischen England und Deutschland.**

Amsterdam, 21. Dezember.

(Niederländische Telegraphenagentur.) Dem Vernehmen nach wurde zwischen England und den Niederlanden über die Abholung deutscher Kriegsgefangener eine Uebereinstimmung erzielt. Ende dieses Monats werden die Postdampfer „Zeeland“ und „Königin Regentin“ von der Seelanderschiffahrtsgesellschaft, sowie „Sinder“ vom Rotterdamschen Lloyd zusammen aus Rotterdam abfahren, um die Kriegsgefangenen abzuholen.

**Der Unterseeboothkrieg.**

**Die Novemberbeute der Unterseeboote.**

Wien, 21. Dezember.

Im Monat November sind an Handelschiffraum insgesamt 807.000 Bruttoregister-tonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt worden. Seit Beginn des uneingeschränkten Unterseeboothkrieges sind damit 8.256.000 Bruttoregister-tonnen des für unsere Feinde nuzbaren Handelschiffraumes vernichtet worden.

**Die Opfer des versenkten Kriegsschiffes „Wien“.**

Aus dem I. u. I. Kriegspressequartier wird dem Ung.-Tel.-Korr.-Bureau gemeldet:

Von der Besatzung S. M. Schiffes „Wien“, das am 10. d. durch einen selbstigen Torpedo versenkt wurde, werden bisher folgende Personen vermißt: Detektorabmaschinenwerker Alois Haidl, August Slowicki, Franz Eil und Josef Bergmann, der Maschinenwerker Rudolf Grecic, Elektrikbootmann (Artillerieinstructor) Josef K. und Sub-

pinen. Diese amerikanische Kolonie habe, wie die Manila Times hervorheben, beinahe alles den Deutschen zu verdanken und die Ausschalt. der Deutschen aus den Philippinen sei eine stark. Schädigung der Kolonie. Auf diese Weise würden die Hohenzollern nicht besiegt werden. Es wäre auch eine Verletzung des fair play, wenn das amerikanische Volk sich an dem einzelnen rächen wolle, weil es die Weltpolitik Deutschlands nicht billige. Der Handel mit den ansässigen Deutschen wäre nicht nur auf den Philippinen, sondern auch in den Vereinigten Staaten nur eine billige Forderung.

**Die Wahlrechtsvorlage.**

**Einbringung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus.**

**Die Vorlage über die katholische Autonomie.**

Budapest, 21. Dezember.

Eine große Stunde ist heute hinweggerauscht über den Beratungsraum des ungarischen Abgeordnetenhauses. Die äußere Erscheinung des Hauses, seiner Wandelgänge und seines Sitzungsraales, trug die Zeichen dieser Stunde. Tribünen und Galerien waren überfüllt und allgemein herrschte große Spannung und Erwartung. Diese Spannung und Erwartung galten der Einbringung der wichtigen Vorlagen, die heute vor das Haus gelangen sollten, in erster Reihe der Wahlrechtsvorlage und der Vorlage über die katholische Autonomie. Als Minister Dr. Wilhelm Bássonni heute, nach langer Zeit, wieder im Hause erschien, wurde er von den Abgeordneten der Bänke mit stürmischem Jubel empfangen und begrüßt. Der Verlauf der Sitzung gestaltete sich dann in seinem bedeutenderen Teile durchaus leidenschaftlos. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit unterbreitete Minister Bássonni den Entwurf des Gesetzes betreffend die Wahl der Abgeordneten, indem er beantragte, daß ein besonderer Ausschuß zur Vorbereitung der Vorlage einsetzen werde, die Wahl dieses Ausschusses aber erst nach den Weihnachtsferien erfolge. Wortlos stimmte das Haus dem zu, und ohne Bemerkung verwies es dann auch die Vorlagen, die Graf Albert Apponyi betreffend die katholische Autonomie und den Vorschlag des G. L. XX: 1848 einbrachte, an die entsprechenden Ausschüsse. Auch Ministerpräsident Dr. Alexander Tisza brachte dem Hause eine Vorlage betreffend die Gebühren bei dem Umzug von Immobilien.

Der Rest der Sitzung war vielfach Kampf und Streit. Abgesehen von einer Rede, die Stefan Bismbery vor Eingang in die Tagesordnung hielt, und einer Interpellation des Abgeordneten Hugo Dachsne, die beide die Beseitigung der Schäden, die der Einbütenenschaft aus dem durch den Krieg verursachten Zeitverlust erwachsen forderten, und die beide, Anfrage und Interpellation, durch die Minister Grecsák und Apponyi zufriedenstellend beantwortet wurden, brachte der Tag nur mehr Unerquickliches. In erster Reihe stand eine Auseinandersetzung über die Frage der Präventivzinsen, die Abgeordneter Ladislaus Fényes angesprochen und Ministerpräsident Dr. Alexander Tisza beantwortet hatte. Unerquicklich war auch das Bild, das Abgeordneter Alfred Bál in einer ausführlichen Rede über die Vorgänge bei der Felvidéler Wahl entwarf, und dieses Bild wurde nicht heller durch die Antwort, die Minister des Innern v. Ugron erteilte.

Vor Schluß der Sitzung brachte Abgeordneter Géza Antal eine Interpellation über die Fahrpreise der Lokalbahnen ein und Handelsminister Graf Béla Serényi beantwortete diese Interpellation.

Am Schluß der Sitzung widmete der Präsident des Hauses Karl v. Szász, indem er unserer tapfer kämpfenden Armee gedachte, Worte der Erinnerung den Heldentaten ungarischer Streiter. Im Hochgefühl dieser Erinnerungen entbot er dem Hause seine Wünsche zu den nahenden Festen.

Das Haus hat heute seine letzte Sitzung im sturm-bewegten Jahre 1917 gehalten.

**Der Verlauf der Sitzung.**

und b  
ib für  
erla  
agt, e  
Bahl  
nd der  
hier  
ren.  
wohl  
frauen  
rauen  
ib dur  
des St  
me ar  
lang  
kämpf  
zum  
dah  
le ist  
notwe  
der Br  
Durch  
unahw  
rbenen  
je ver  
stigung  
rungen  
liche  
auch  
rrschaf  
elstsch  
venfalls  
is ist  
Nesem  
14 Jo  
stieger  
astill  
r Re  
Er  
siehe  
r Jar  
ht ist  
ntlich  
L 3  
ast,  
sbau  
r Mar  
eraff  
he so  
uns  
taustil  
des  
schon d  
ahl der  
er gen  
Grund  
aufgew  
der st  
i-Trup  
jon hier  
Die  
berechn  
aber die  
sie in  
ber  
Her wes  
ngenom  
transito  
jahre,  
Gahl  
rabme  
Grumb  
von  
m 1918  
er Mut  
ählern  
auf Gr  
bessert  
Verhält  
folgen  
irfes zu  
nis bei  
i der ru  
tlichen  
m 14